



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde: Situation in Moria

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 16.09.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Katastrophe von Moria war leider absehbar. Wir debattieren heute nicht zum ersten Mal über die Zustände in den griechischen Flüchtlingslagern. Wenn in Unterkünften für wenige tausend Menschen über zwölftausend Menschen leben, wenn desolate hygienische Verhältnisse und eine unzureichende medizinische Versorgung zu einer humanitären Notlage führen, dann hat das mit europäischen Standards nicht mehr viel zu tun. Es hat nichts mehr mit europäischen Werten zu tun.

Wie konnte es soweit kommen? Mit dem Dublin-System wurde die Verantwortung für die Aufnahme und Registrierung auf die Mittelmeeranrainer geschoben. Auf Staaten wie Griechenland, die im Rahmen der Schuldenkrise massive finanzielle Probleme zu lösen hatten und immer noch haben. Die Politik eines „Hellas first“ der damaligen linksnationalistischen Koalition hat nicht nur den Euro bedroht, sondern sich auch den europäischen Aufgaben entzogen.

Dass die Zustände in den Lagern so sind bzw. waren, liegt eben auch in der Verantwortung der griechischen Regierungen. Wenn wir jetzt von 1.500 eigentlich bereits anerkannten Flüchtlingen reden, dann kommen einem aber nicht nur Zweifel an der Effizienz der dortigen Behörden, sondern auch am Willen zum Handeln. Würde es sich nicht um Menschen handeln, um die es geht, würde man nur mit dem Kopf schütteln, so bleibt letztlich nur Entsetzen.

Moria ist sicher ein Versagen der griechischen Behörden. Moria ist aber auch eine Schande für die Europäische Union. Die europäischen Regierungen haben lange zugesehen, wie sich die Lage immer weiter verschärft und verschlimmert hat. Die Corona-Pandemie hat hier nicht zu mehr Solidarität, sondern zu mehr nationalem Egoismus geführt. Dabei braucht es gerade in Krisenzeiten mehr Zusammenarbeit und weniger nationalen Egoismus. Die Lösung war, ist und bleibt: mehr Europa.

Wir brauchen endlich ein tragfähiges europäisches Asylsystem, in dem jeder seine Verantwortung übernimmt. Dass die Registrierung in erster Linie an den Außengrenzen erfolgt, ist nur logisch. Das ist aber eine gesamteuropäische Aufgabe. Dies gilt genauso für den Grenzschutz. Wir müssen den effektiven Schutz der EU-Außengrenzen gewährleisten und damit ungesteuerte Migration verhindern. Wir sollten aber auch die betroffenen Staaten am Mittelmeer dadurch entlasten, dass Schutzsuchende in einem zügigen und geregelten Verfahren in andere EU-Mitgliedstaaten gebracht werden.

Deutschland trägt Verantwortung in Europa, gerade jetzt während der EU-Ratspräsidentschaft. Fortschritte bei der europäischen Migrationspolitik sind bisher aber Fehlanzeige. Statt beim Kaffeetrinken zu posieren oder mit der Modelleisenbahn zu spielen, sollten die zuständigen Bundesminister mehr Initiativen ergreifen, um endlich den gordischen Knoten für ein funktionales europäisches Asylsystem zu durchschlagen.

Nordrhein-Westfalen steht jedenfalls zu seiner Verantwortung, das hat diese Landesregierung, das hat unser Flüchtlingsminister Dr. Joachim Stamp immer wieder betont. Nordrhein-Westfalen hat angesichts der aktuellen Entwicklung die Bereitschaft erklärt, weitere rund 1.000 schutzbedürftige Personen aufzunehmen. Wir müssen handeln, wenn wir menschlich bleiben wollen.

Wir müssen jetzt umgehend den Menschen und Griechenland vor Ort helfen. Wir müssen Unterkünfte schaffen, denn es kann nicht sein, dass die Menschen auf der Straße leben und schlafen müssen. Soforthilfe vor Ort könnte durch den Einsatz des Technischen Hilfswerks oder von Nicht-Regierungsorganisationen unterstützt werden. Und wer bereits anerkannter Schutzsuchender ist, der muss zeitnah auf andere europäische Länder verteilt werden. Wir müssen aber auch besonders schutzwürdige Menschen herausholen und deren Asylverfahren ergebnisoffen abschließen.

Unbegleitete Minderjährige, kranke Kinder mit ihren Eltern oder alleinstehende Frauen sollten möglichst zügig in einem geordneten Verfahren unter Beteiligung mehrerer EU-Mitgliedstaaten aus der humanitären Notlage auf Lesbos evakuiert werden.

Die Europäische Union und die Bundesregierung hätten hier viel früher reagieren müssen: Evakuierung besonders schutzbedürftiger Personen, Herstellung hygienischer Standards auf den Inseln, mehr Personal bei der Durchführung von Asylverfahren, zügige Verteilung der anerkannten und zügige Rückführung der abgelehnten Schutzsuchenden. Passiert ist aber nichts. Die Katastrophe vom 9. September war absehbar, die humanitäre Katastrophe war schon lange vorher da.

Zum Schluss noch ein paar Worte zu den Anträgen von Rot-Grün: Ihre Forderung nach einem Landesprogramm zur Aufnahme kann keine Lösung sein.

Der Prozess der Aufnahme von Geflüchteten erfordert nicht nur rechtlich, sondern auch organisatorisch und politisch eine Koordination durch den Bund. Dabei sollte sich Bundesinnenminister Horst Seehofer besser mit den Ländern abstimmen. Wir als NRW-Koalition von FDP und CDU sind zur Aufnahme schutzbedürftiger Menschen bereit. NRW kann die Probleme aber nicht alleine lösen, das kann nur ein abgestimmtes Vorgehen von Bund, Ländern und auf europäischer Ebene.

Vielen Dank!